

**REVIEW
2014 —
AUßENPOLITIK
WEITER
DENKEN**



Herfried Münkler,
Professor für Politische Theorie an der Humboldt Universität Berlin, zuletzt erschienen "Der große Krieg" (2014)

Die gefährliche Kluft zwischen Schein und Tun

Mai ***Auf die Interessen kommt es an!***
23

Deutsche Außenpolitik ist in Wahrheit an den Interessen Deutschlands, weniger an seinen Werten orientiert. Die Politik muss sich ehrlich machen, damit die Diskrepanz zwischen öffentlicher Darstellung und tatsächlicher Ausrichtung deutscher Außenpolitik nicht die öffentliche Unterstützung gefährdet und ihre demokratische wie strategische Glaubwürdigkeit infrage stellt.

Das größte Problem der deutschen Außenpolitik ist die Art ihrer kommunikativen Vermittlung beziehungsweise die Diskrepanz zwischen ihrer Ausrichtung und Anlage auf der einen und ihrer öffentlichen Darstellung und Diskussion auf der anderen Seite: Tatsächlich nämlich ist die deutsche Außenpolitik sehr viel stärker an den besonderen Interessen der Bundesrepublik orientiert, als dies öffentlich kommuniziert wird, wo die Ausrichtung an Werten und der Begrifflichkeit von Freundschaft im Mittelpunkt stehen.

Man ist fest eingebettet in die westliche Wertegemeinschaft und den dieser Gemeinschaft zugehörigen Staaten in Freundschaft verbunden. Von speziell deutschen Interessen, durch die man sich von den als "Freunden" Apostrophierten unterscheidet, ist so gut wie nie die Rede. Und doch gibt es diese Interessen, und sie werden von der Politik auch durchaus verfolgt.

Aber sobald auf sie die Rede kommt, wirkt dies wie eine Decouvrierung der offiziellen Politik; man ist peinlich berührt, dass es neben den immer wieder herausgestellten Werten auch Interessen gibt, dass beide gelegentlich einander widersprechen und dabei die Werte auch einmal ins Hintertreffen geraten können. Wenn derlei gelegentlich kommuniziert wird, gibt sich die offizielle Politik kleinlaut. Sie geht dann auf Tauchstation, bis sich die öffentliche Aufmerksamkeit wieder anderen Themen zugewandt hat.

Unaufrichtigkeit wird zur Verwundbarkeit

Aus dieser Diskrepanz zwischen öffentlicher Darstellung und tatsächlicher Ausrichtung erwächst die *demokratische Vulnerabilität* der deutschen Außenpolitik, denn diese Diskrepanz ist immer wieder skandalisierbar, und zwar keineswegs nur durch die, denen die Werte wichtiger sind als die Interessen, sondern auch durch alle, die andere, womöglich konträre Interessen haben und die das, was ihnen im Weg steht, unter dem Deckmantel der Wertorientierung delegitimieren.

Die Folge ist, dass sich die demokratische zur *strategischen Vulnerabilität* auswächst. Die Diskrepanz zwischen öffentlicher Darstellung und tatsächlicher Ausrichtung verhindert nicht nur eine nachhaltige Unterstützung (oder auch Kritik) deutscher Interessenverfolgung durch die Öffentlichkeit des eigenen Landes, sondern eröffnet interessierten Dritten auch die Chance, diese Diskrepanz für die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen zu nutzen.

Es muss also im längerfristigen Interesse der deutschen Politik liegen, diese Diskrepanz zu beseitigen und so die demokratische Vulnerabilität zu schließen. Das freilich ist nicht so leicht, denn diese Diskrepanz resultiert keineswegs nur daraus, dass offizielle Stellen ein anderes Bild zeichnen, als es der tatsächlich betriebenen Politik entspricht.

Die Vorstellung von einer interessenentkoppelten Wertbindung der deutschen Außenpolitik ist vielmehr ein festgefügtes Bild in der öffentlichen Kommunikation, an dem politischer Kommentatoren, das Feuilleton, erhebliche Teile der Wissenschaft und nicht zuletzt Nichtregierungsorganisationen mitgewirkt haben.

Ein solches Bild lässt sich nicht durch eine veränderte Öffentlichkeitsarbeit des Auswärtigen Amts revidieren, sondern muss langsam und schrittweise verändert werden. Diese Veränderung ist langwierig und mühsam, aber unabdingbar, um die strategische Vulnerabilität der deutschen Außenpolitik zu vermindern. Die Verminderung dieser Vulnerabilität liegt nicht nur im deutschen, sondern vor allem auch im wohlverstandenen europäischen Interesse.

Das soll nachfolgend an drei Punkten erläutert werden: den spezifischen Interessen Deutschlands als "Handelsstaat" bzw. Exportnation, den Implikationen der geopolitischen "Mittellage" Deutschlands in Europa und dem verstärkten Erfordernis einer sicherheitspolitischen Aufmerksamkeit für die europäische Peripherie.

Parlament ohne außenpolitische Kompetenz

Um diese zentralen Herausforderungen deutscher Außenpolitik bearbeiten zu können, muss parallel ein Problem angegangen werden, das seit der Wiedervereinigung ein zunehmend größeres Gewicht bekommen hat: die mangelnde außenpolitische Kompetenz im Parlament bzw. in den politischen Parteien.

Sie resultiert vermutlich daraus, dass man als "Außenpolitiker" wenig für seinen

Wahlkreis tun kann und obendrein in den zentralen Debatten der jeweiligen Partei eher randständig ist – mit anderen Worten: Probleme bei der Beförderung und Absicherung seiner politischen Karriere hat. Die größeren politischen Begabungen begeben sich infolgedessen nicht in den Außenpolitischen Ausschuss des Bundestages.

Ein Indikator für die außenpolitischen Kompetenzdefizite des Parlaments ist das Fehlen von Parlamentariern bei Talkshows, die außenpolitischen Themen gewidmet sind. Und wenn politische "Generalisten" zu solchen Veranstaltungen eingeladen werden, zeichnen diese sich weniger durch spezifische Sachkompetenz als durch allgemeine Moralkommunikation aus. Auch das ist ein Bestandteil der demokratischen Vulnerabilität der deutschen Außenpolitik.

Wirtschaftliche Interessen – na, klar!

Das politische Selbstwertgefühl der alten Bundesrepublik wie des wiedervereinigten Deutschland gründet sich im Wesentlichen auf wirtschaftliche Erfolge: einen kontinuierlich steigenden Lebensstandard, die Rückgewinnung bzw. Neuerobung von Exportmärkten für Industrieprodukte und die weltweite Reputation deutscher Wertarbeit. Neben den unmittelbaren Stabilitätseffekten wirtschaftlicher Prosperität hat dies auch zur politischen Stabilität des Landes in Form seiner "Selbstanerkennung" beigetragen.

Im Gefolge dessen ist der deutschen Außenpolitik immer auch die Aufgabe zugefallen, an den Rahmenbedingungen dieser wirtschaftlichen Exporterfolge mitzuarbeiten und als "Türöffner" deutscher Industrieprodukte zu wirken. Umgekehrt ist aber auch das Interesse an deutschen Produkten (darunter Rüstungsgütern) der deutschen Außenpolitik zugute gekommen.

Diese Verbindung ist jedoch stets als ein wenig peinlich angesehen und darum selten offensiv kommuniziert worden. Dabei würde dies durchaus naheliegen, seitdem politische Macht sehr viel mehr durch wirtschaftliche als durch militärische Fähigkeiten konstituiert wird. Es ist angezeigt, hier von einer verschämten zu einer selbstbewussten Kommunikation der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands überzugehen, ohne dass dies die nach wie vor geltenden Wertbindungen der deutschen Außenpolitik in Frage stellen soll.

Es sollte aber erkennbar werden, dass beide, Werte und Interessen, miteinander in Konkurrenz stehen können und dass die jeweilige Präferenz das Ergebnis eines Abwägungsprozesses ist, bei dem die mittel- und langfristigen Effekte der Entscheidung eine wichtige Rolle spielen. Zugleich ist dies ein Beitrag zur Minderung der demokratischen Vulnerabilität deutscher Außenpolitik.

Mittellage als Vorteil und Herausforderung

Die Lage Deutschlands in der geopolitischen Mitte des Kontinents ist gleichermaßen ein Vorteil wie eine Herausforderung der deutschen Politik, und zwar keineswegs

nur der Außenpolitik im strengen Sinn. War die deutsche Mittellage herkömmlich eine militärische bzw. friedenspolitische Herausforderung, an der Deutschland einige Male gescheitert ist bzw. von der es überfordert war, so ist es inzwischen vor allem eine stabilitäts- und integrationspolitische Herausforderung, insofern die zukünftige Entwicklung der EU und des Euro wesentlich am Geschick und an der Weitsicht der deutschen Politik hängt.

Wie auch immer man das Zentrum der EU bestimmt: als deutsch-französische Achse, als Weimarer Dreieck oder als Zusammenspiel von Berlin, Paris und London – keine dieser Formeln für das Entscheidungszentrum der EU ist ohne den Einbezug Deutschlands möglich.

Diese herausgehobene Position Deutschlands ist in der Wahrnehmung der meisten EU-Mitglieder stärker präsent als im deutschen. Es gab (und gibt) gute Gründe, dass sich Deutschland bei der Herausstellung seiner Rolle als „Zentralmacht Europas“ (Hans Peter Schwarz) eine große Zurückhaltung auferlegt hat, aber angesichts der finanziellen Belastungen, die damit inzwischen für die deutsche Bevölkerung verbunden sind, ist es angezeigt, diese Rolle als die andere Seite der finanziellen Belastungen stärker heraus-zustellen. Damit soll die politische Verwundbarkeit deutscher Politik durch den polemischen Verweis auf die deutsche Geschichte (historische Vulnerabilität) nicht in Abrede gestellt werden.

Aber im Hinblick auf die demokratische Vulnerabilität Deutschlands als der bei weitem größte Nettozahler der EU sind die Vorteile, die Deutschland aus seiner geopolitischen Lage bezieht, gegen die damit verbundenen Belastungen und Verpflichtungen ins Spiel zu bringen. Populistische Anti-Europastimmungen mag man sich an der europäischen Peripherie leisten können; im europäischen Zentrum bzw. bei der europäischen Zentralmacht hätten sie verheerende Folgen.

Präventive Stabilitätspolitik am Rand Europas

Die ökonomische Prosperität als wichtigste Machtressource Deutschlands hängt nicht nur am Frieden in Europa, sondern auch an der politischen und sozialen Stabilität der europäischen Peripherie. Die größte sicherheitspolitische Herausforderung des 21. Jahrhunderts wird nicht in der Gefährdung von Grenzen durch feindliche Militärverbände, sondern im Überschreiten dieser Grenzen durch gewaltige Flüchtlingsströme bestehen, die, wenn sie massiv auftreten, nicht der wirtschaftlichen Prosperität Europas zugute kommen, sondern die sozialen Sicherungssysteme der europäischen Staaten überfordern und damit die soziale Ordnung in Frage stellen.

Gleichzeitig ist Europa infolge seiner Wertbindungen nicht in der Lage, diese Flüchtlingsströme an seinen Grenzen zu stoppen und zurückzuweisen, wie man dies bei einem militärischen Angriff versuchen würde. Also bedarf es einer präventiven bzw. präemptiven Stabilisierungspolitik in der europäischen Peripherie, die verhindern soll, dass solche Flüchtlingsströme infolge ethnischer bzw. religiös-konfessioneller Auseinandersetzungen, wirtschaftlichem Elend sowie der damit

verbundenen Perspektivlosigkeit oder aber machtpolitischer Rivalitäten in der Region entstehen.

Das ist eine gewaltige Aufgabe, da sie sich auf einen Halbkreis bezieht, der inzwischen in der Ukraine beginnt, sich über den Kaukasus sowie den Nahen und Mittleren Osten nach Ägypten erstreckt und von dort bis in den Maghreb reicht, wobei die Probleme des subsaharischen Afrikas zusätzlich noch dazukommen.

Die politischen Risiken einer an politischer Stabilität orientierten, immer wieder auch mit den Mitteln militärisch humanitärer Interventionen operierenden Politik sind nur tragbar, wenn sie zuvor sachlich und verantwortlich in der deutschen Öffentlichkeit kommuniziert und diskutiert worden sind.